

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

H/XXIII/60

Bonn, den 28. März 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

1 - 2 Gestern wie heute - Internationale Solidarität 67

Dank an die Sudetendeutsche Sozialdemokratie

Von Fritz Heine

3 Atomwaffensperrvertrag 30

Kein Gegenstand innerpolitischer Auseinandersetzungen

4 Die Zerrbild-Produzenten... 42

In Prag hat man erkannt, daß Ostberlin selbst über die Vorgänge
im Osten nicht korrekt berichtet

FRAU UND GESELLSCHAFT bringt heute:

Zur Kasse bitte!
Von Irene Maier

Sprechen Sie über Politik?
- Unterhaltungen am Arbeitsplatz werden untersucht -

Urteil: Zu schwierig für die Verwaltung

Neue Arbeitsvermittlung wird überprüft

Kurzmeldungen

* * *

*

Gestern wie heute - Internationale Solidarität

Dank an die Sudetendeutsche Sozialdemokratie

Von Fritz Heine

"...und als erste Spende stellt der Parteivorstand einen Betrag von DM 50.000,-- zur Verfügung. - Mit diesen Worten schloß der SPD-Schatzmeister Alfred N a u auf dem SPD-Parteitag in Nürnberg einen Appell an die Delegierten, der Gründung eines Internationalen Solidaritätsfonds zuzustimmen.

Koch während des Parteitages, auf dem dieser Fonds beschlossen wurde, kamen kleine und größere Beträge von Einzelnen und Gruppen, innerhalb und außerhalb der SPD - der Aufruf, der der Hilfe verfolgter Demokraten in Diktatorländern dienen soll, hat gezündet.

Schatzmeister Nau, der während der NS-Zeit an eigenen Leib das Schicksal der von einer Diktatur Verfolgten geteilt hat, motivierte seinen Vorschlag vor allem auch mit der Hilfe, die den deutschen Sozialdemokraten in der Zeit ihrer Verfolgung geleistet wurde.

Während des Verbotes der SPD im Kaiserreich haben in erster Linie skandinavische und schweizerische politische Freunde den verfolgten deutschen Sozialdemokraten geholfen. Während der Unterdrückung der SPD durch das NS-Regime kam Hilfe für die verfolgten SPD-Mitglieder aus vielen Ländern; zahlreiche Parteien der Sozialistischen Internationale haben in vielfältiger Form Solidaritätsbeweise erbracht.

Heute, da sich die deutschen Sozialdemokraten anschicken, ihre bisherigen Hilfeleistungen zu intensivieren und durch den Internationalen Solidaritätsfonds den Fördererkreis zu erweitern; - heute sollte einer besonderen und wohl auch einmaligen Hilfsaktion gedacht werden, die vor 35 Jahren, im März 1933, ihren Anfang nahm.

In jenen Tagen begann die Emigration. Zunächst wenige, mit dem wachsenden Terror immer mehr vom Verlust der Freiheit und des Lebens bedrohte Sozialdemokraten mußten Deutschland verlassen, fast alle heimlich und auf Schleichpfaden über die fast hermetisch abgeschlossenen Grenzen.

Ein großer Teil, wahrscheinlich die Hälfte aller, emigrierte in die Tschechoslowakei; die langen Gebirgsgrenzen boten noch immer Möglich-

keiten zur Flucht. Und auf der anderen Seite war deutsches Sprachgebiet, waren vertraute politische Freunde, war die kleine, tapfere Sudetendeutsche Sozialdemokratische Arbeiterpartei.

Weit mehr als tausend deutsche Sozialdemokraten fanden im östlichen Sudetengebiet und bis nach Prag hin Sicherheit, Unterkunft und Hilfe. Die sudetendeutschen Sozialdemokraten, selbst eine Minderheit und zumeist in ärmlichen Verhältnissen lebend, sorgten in unnachahmlicher und unübertrefflicher Weise für ihre deutschen Freunde; regelten die für jeden Heimatlosen in jedem fremden Land so komplizierten Aufenthalts-Probleme; halfen ihnen, ein Heim und, wo es möglich war, auch Arbeit zu finden. Und allen, die mittellos waren, wurde geholfen: Im Laufe der fast fünfjährigen Hilfsaktion hat die Sudetendeutsche Sozialdemokratie weit über drei Millionen Tschechen-Kronen für die Unterstützung deutscher sozialdemokratischer Emigranten aufgebracht - ein Riesebetrag angesichts der eigenen schwachen Mittel und nur möglich durch die tatkräftige persönliche Opferbereitschaft eines Großteils der Mitglieder dieser Partei.

Aber es blieb nicht bei der für den Einzelnen die Existenz sichernden materiellen Hilfeleistung. Nach dem offiziellen Verbot der SPD in Deutschland fand der exilierte Vorstand der SPD in Prag eine neue, vorläufige politische Heimat, von der aus die Kontakte zu den im Jntergrund in Deutschland tätiger Sozialdemokraten aufrechterhalten oder neu angeknüpft werden konnten. Und von Prag aus konnte der Exilvortrag der SPD in Wort und Schrift seinen Kampf gegen das Hitlerregime fortsetzen und die Weltöffentlichkeit über die Untaten der NSDAP unterrichten.

Auch das, diese Fortführung der politischen Aufgaben, war in erster Linie nur möglich, weil sich die Sudetendeutsche Sozialdemokratische Arbeiterpartei mit ihrem ganzen politischen Einfluß und Gewicht für die politische Betätigung der Exil-Partei einsetzte.

Materielle und ideelle Hilfe, geleistet im Geist internationaler Solidarität der Sozialisten, hat in jenen Jahren eine der größten und eindrucksvollsten Bewährungsproben bestanden.

Hilfe, den deutschen Sozialdemokraten in der langen Geschichte ihrer Bedrückung und Verfolgungen gewährt, wird Ausgangs- und Ansatzpunkt für neue Solidaritäts-Aktionen, wird Motiv und Begründung für den Internationalen Solidaritätsfonds der SPD. Helfenwollen und Hilfe zeugt neue Hilfsbereitschaft und Hilfe.

Atomwaffensperrvertrag

Kein Gegenstand innenpolitischer Auseinandersetzungen

sp - "Wenn eine Schwierigkeit überwunden ist, sucht man sich eine neue." - An diesen Ausspruch eines bekannten Politikers aus der Weimarer Zeit wird man erinnert, wenn man liest, wer gerade jetzt den Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen zum Gegenstand heftiger Attacken gegen die SPD macht. Ob es sich dabei um den CSU-Vorsitzenden und Bundesfinanzminister Franz Josef Strauß, einen seiner publizistisch arbeitenden Freunde oder um die NPD handelt, ist unwichtig.

Die Freunde von Herrn Strauß rennen offene Türen ein. Die Bundesregierung hat - mit Zustimmung des Bundesfinanzministers - immer erklärt, daß sie im Prinzip einen Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen befürwortet, sofern dieser nicht die vitalen Interessen der Bundesrepublik verletzt. Obwohl die Bundesrepublik Deutschland nicht Mitglied der UNC ist und ihre Vertreter infolgedessen auch nicht an den Beratungen über dieses Vertragswerk teilnehmen, befindet sie sich doch mit ihren Vorbehalten zu dem gesamten Vertragswerk in guter Gesellschaft. Auch Länder wie Schweden, Rumänien und sogar Polen haben während der Verhandlungen deutlich gemacht, daß sie einem Vertragswerk dieser Art nur zustimmen könnten, wenn ihre vitalen Interessen nicht beeinträchtigt werden.

Willy Brandt hat auf dem Nürnberger SPD-Parteitag die CSU vor dem Versuch gewarnt, die NPD mit Hilfe nationalistischer Emotionen rechts überholen zu wollen. Er sagte in diesem Zusammenhang:

- * "Es gibt einige Kollegen in der Union, die vergessen zu haben
- * scheinen, daß im Wettlauf um Nationalismus die Extremisten letzten
- * Endes nicht zu schlagen sind. Bei dieser Gelegenheit: durch vorei-
- * lige und emotionale Äußerungen zum Vertrag über die Nichtverbrei-
- * tung von Atomwaffen ist im vorigen Jahr Unheil angerichtet wor-
- * den. Unserer Stellung in der Welt ist das nicht gut bekommen. Das
- * darf sich jetzt nicht wiederholen. Walter Hallstein und Franz-Jo-
- * sef Strauß sprechen hier nicht für die Bundesrepublik Deutschland.
- * Wir sind für die nachdrückliche Vertretung unserer vitalen Inte-
- * ressen, vor allem als moderner Industriestaat. Diese Interessen-
- * vertretung - und ich kenne das Geschäft; das ist ein mühsames Ge-
- * schäft in den letzten 15 Monaten gewesen - muß münden nicht in
- * ein Nein, sondern in ein Ja zum Vertrag über die Nichtverbreitung
- * von Atomwaffen. Wir kriegen sie nicht. Wir wollen sie nicht. Und
- * für die Politik, für die ich einstehe, brauchen wir sie auch
- * nicht."

Dieses Wort des SPD-Vorsitzenden, Bundesaußenministers und Vizekanzlers gilt. Der Parteitag in Nürnberg hat es bestätigt. Wer jetzt noch glaubt, ein Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen werde von der Bundesrepublik Deutschland gebilligt oder unterzeichnet werden, wenn dadurch unsere Interessen als Industrienation geschmälert werden, setzt sich dem Verdacht aus, tatsächlich mit den nationalistischen Parolen der NPD gleichziehen zu wollen. Mittlerweile sollte man auch in der Bundesrepublik begriffen haben, daß die deutsche Sozialdemokratie zu ihrem Wort steht.

Die Zerrbild-Produzenten...

In Prag hat man erkannt, daß Ostberlin selbst über die Vorgänge in Osten nicht korrekt berichtet

HB-cr - Daß es in Presse, Funk und Fernsehen im anderen Teil Deutschlands nicht einmal Ansätze für eine auch nur halbwegs korrekte Information der mitteldeutschen Bevölkerung gibt, weiß im Westen jeder, der regelmäßig die Publikationsmittel der kommunistischen SED verfolgt. Der Demokratisierungsprozeß in der CSSR hat nun erstmals dazu geführt, daß auch von kommunistischer Seite erkannt und öffentlich angeprangert wird, wie die SED-Publizistik mit der Wahrheit umspringt.

Interessant ist dabei, daß beispielsweise Radio Prag nicht nur im tschechischen Dienst auf die SED-Informationspolitik einging, sondern auch im deutschsprachigen Dienst, der in den letzten Wochen in der DDR zweifelschne besonders intensiv gehört wurde. Dem SED-Zentralorgan "Neues Deutschland" bescheinigte der deutschsprachige Dienst von Radio Prag, seine Darstellungen stünden "im Widerspruch zu den Tatsachen". Weiter hieß es in dem Kommentar: "Zu einer Verzerrung des wahren Charakters der gegenwärtigen Entwicklung in der Tschechoslowakei kommt es vor allem in einem Absatz, der in allgemein gehaltenen Paraphrasen andeutet, daß die gegenwärtige Entwicklung von imperialistischen Kreisen im Westen inspiriert sei."

Schließlich hat Radio Prag erklärt, man könne doch wohl von der kommunistischen Presse eines befreundeten Landes erwarten, "daß im Interesse der Objektivität festgestellt würde, daß es in der Tschechoslowakei heute nicht um den Kapitalismus, sondern um den Sozialismus geht, nicht um irgendeinen Liberalismus, sondern um die Demokratie."

In der tschechischen Sendung "Mikroforum" von Radio Prag stellte Redakteur Nech seinem Kollegen Ladislav Porez, dem Berliner Korrespondenten des Tschechoslowakischen Rundfunks, die Frage, wie die Bürger der DDR über die Vorgänge in der CSSR informiert seien. Ladislav Porez, der "Mann in Berlin", gab eine sehr eindeutige Antwort: "Sie sind überhaupt nicht informiert, und zwar deshalb, weil die Presse der DDR darüber, was bei uns substantiell geschieht, nicht informiert. Sie berichtet aus den Ansprachen derjenigen Staatsmänner, die sprachen, nur diejenigen Passagen, die von positiven Dingen handeln. Zum Beispiel wurden aus der Ansprache von Alexander Dubcek auf der (Prager) Burg anläßlich der Februar-Feierlichkeiten alle Passagen ausgelassen, die sich mit den Fehlern der Vergangenheit, mit der Deformation unseres sozialistischen Systems, befaßten..."

Man braucht dies alles gar nicht weiter zu kommentieren, denn die tschechoslowakischen Darstellungen sprechen für sich. Sie mögen die Prager erkennen lassen, welche Zerrbilder die SED-Propagandisten der mitteldeutschen Bevölkerung erst vorspiegeln, wenn es sich nicht um Prag, sondern um Bonn, nicht um die KPD, sondern um die SPD oder auch die Unionsparteien handelt...